

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 46

Er erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

Halver
Dienstag, den 24. Februar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

1925

Heute die Beilage:

„Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsminister Dr. Stresemann und von Schleben verwahren sich in öffentlichen Erklärungen gegen die Anschuldigungen, die der sozialdemokratische Abg. Heilmann im Preussischen Landtage erhob.

* Der Varmat-Ausschuß des Reichstages beschloß, eine Vernehmung des Reichspräsidenten in der Sache nicht vorzunehmen.

* In Berlin verlautet, daß die Koalitionsparteien, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten, beabsichtigen, Herrn Marx abermals als Kandidaten für die Ministerpräsidentenwahl aufzustellen.

* In Oberschlesien wurden deutsche Arbeiter von polnischen Banden planmäßig mißhandelt.

* Etwa 40 bei einem Bergwerksunglück in Indiana (Amerika) verschüttete Bergarbeiter sind anscheinend verloren.

Reichstag und Ruhrkredite.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Vor ein paar Tagen hat der französische Finanzminister mitgeteilt, daß er bei der Reparationskommission Protest einlege dagegen, daß die deutsche Regierung an die Ruhrindustriellen Entschädigungssummen für die Verluste der deutschen Betriebe während des Ruhrkampfes ausbezahlt. Bekanntlich hat die frühere deutsche Regierung Marx-Stresemann-Luther mit dem Ruhrbergbau, den chemischen Werken und dem Wirtschaftsausschuß der besetzten Gebiete als der Vertretung der Einzelfirmen im Rhein- und Ruhrgebiete Entschädigungsverträge abgeschlossen, die nun im Reichstag auf schärfsten Protest gestoßen sind und deren Überprüfung durch einen besonderen Untersuchungsausschuß des Reichstages in der letzten Sitzung beschlossen worden ist. Bei dieser Gelegenheit hat man natürlich die ganze Affäre schärfster Kritik unterzogen, weil man bei den Demokraten und Sozialdemokraten, übrigens auch bei einzelnen Teilen des Zentrums der Ansicht ist, daß die Auszahlung der Ruhrkredite zu einer einseitigen Bevorzugung der Schwerindustrie, also der großen Betriebe, geführt habe, außerdem das Staatsrecht des Reichstages gröblich verletzt worden ist. Der demokratische Redner erklärte, daß das deutsche Volk nicht neben den hohen Steuern auch noch 700 000 000 Mark an die Ruhrindustrie zahlen wolle, damit die Schwerindustriellen an Ruhr und Rhein noch Gewinne aus dem Kampf mit den Einbrüchlingen erzielen dürfen.

Dem ist der Reichsaussenminister Dr. Stresemann sofort entgegengetreten, und zwar deswegen, weil er Ministerpräsident war, als die grundlegenden Verträge mit den Ruhrindustriellen abgeschlossen wurden. Ferner hat auch der Reichskanzler Dr. Luther in ausführlicher Weise zu der ganzen Angelegenheit Stellung genommen. Stresemann stellte vor allem in den Vordergrund, daß die Zusage der deutschen Regierung an die Ruhrindustriellen, die Schäden, die sie durch den französischen Einbruch erlitten haben, wieder zu ersetzen, eine Hilfe in allerhöchster Noth bedeutet habe. Bekanntlich hat Hugo Stinnes damals an den Reichskanzler Dr. Stresemann ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, die Leiter der großen deutschen Stahl- und Kohlenbergwerke fänden sich genötigt, mit der Weimarer Unterhandlungen einzutreten, die ihnen die Wiederaufnahme der Arbeit für Millionen deutscher Arbeiter ermöglichen, aber man könne gar nicht absehen, welche politischen Folgen eine derartige Verhandlung nach sich ziehen würde. Dr. Stresemann hat wieder im Reichstag ausdrücklich gesagt, daß nicht nur das gesamte Kabinett, sondern auch die zur Beratung herangezogenen preussischen Minister von der Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu der Entschädigungsaktion der Reichsregierung an die Ruhrindustrie gegeben haben. Die entscheidende Sitzung habe am 1. November stattgefunden, also zwei Tage, bevor die sozialdemokratischen Mitglieder ausgetreten sind. Von sozialdemokratischer Seite wird allerdings das Gegenteil behauptet.

Die ganze Angelegenheit der Ruhrkredite kommt jetzt aus der Plenarverhandlung des Reichstages heraus und in die sachliche Beratung eines Untersuchungsausschusses hinein. Wenn man die Arbeit eines solchen Untersuchungsausschusses nicht überschätzen soll, so muß man doch das eine feststellen, daß die ganze Arbeit nicht rein unter dem Gesichtspunkt ihrer parteipolitischen Verwertbarkeit behandelt wird.

Es ist von sozialdemokratischer Seite einmal eine Berechnung aufgestellt worden, daß der ganze Ruhrkampf Deutschland etwa 18 Milliarden gekostet hat. Nicht etwa an Wagnis durch die Regierung an die Träger des passiven Widerstandes, sondern an rein volkswirtschaftlichem Verlust der gehemmten Produktion und infolge dessen des fortfallenden Absatzes. Andererseits war ja die Notwendigkeit vorhanden, die fortfallende Produktion durch Bezug aus andern Ländern zu ersetzen. Wenn man die ganze Angelegenheit der Ruhrkredite etwas objektiver zu beurteilen sich entschließen könnte, als leider die „Varmat-Atmosphäre“ es zulassen scheint, so kann man sich doch jedenfalls der einen Anerkennung nicht verschließen, daß der Standpunkt der Regierung, die wirtschaftlichen Schäden des Einbruches zu ersetzen, ohne weiteres als berechtigt anzuerkennen ist. Immer wieder hebt die Regierung und hob im Reichstag bei der Besprechung der ganzen Affäre auch Dr. Stresemann wieder hervor, daß die ganze Frage der Ruhrkredite nicht so sehr vom wirtschaftlichen als vom politischen Standpunkt zu betrachten sei. Es wird bei der Behandlung der ganzen Affäre gerade dieser Ausgangspunkt viel zu wenig berücksichtigt, obwohl man parteipolitisch von der Rechten bis zur Linken

damit völlig einverstanden ist. Worüber man sich entrüstet, ist die angeblich oder wirklich vorhandene Bevorzugung der Schwerindustrie. Hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß gerade die Verteilung der Entschädigungssummen gar nicht Aufgabe der Regierung war, sondern daß die Regierung mit den Gesamtvertretungen verhandelt und ihnen die Einzelverteilung überlassen hat. Das war auch deswegen notwendig, weil beispielsweise die Regierung 110 Millionen übernommen hat, die vom Kohlenfond als Kredit von der Reichsbank empfangen worden waren. Die 726 Millionen Mark, die von der Regierung der Rhein- und Ruhrwirtschaft als Entschädigung zugewillt worden sind, sind ja keineswegs bar ausbezahlt worden, sondern zum großen Teil in Form von Schatzanweisungen überwiesen worden, die von der Ruhrindustrie als Unterlage für einen ausländischen Kredit verwertet wurden. Denn die Regierung hat sich mit Recht aufs schärfste dagegen gestraußt, daß diese Schatzanweisungen auf den Markt gebracht wurden, weil dadurch der Geldmarkt ungünstig beeinflusst worden wäre, einmal für die bevorstehende 800-Millionen-Anleihe und weil angesichts der damaligen Unsicherheit über das Schicksal der Ruhrindustrie zweifellos ein starker Druck auf die deutsche Anleihe hätte ausgeübt werden können.

Es bleibt also nur übrig, daß der Untersuchungsausschuß feststellt, ob nur die Schwerindustrie in bezugsugem Maße für ihre Schäden infolge des Ruhrsturzes Vergütungen erhalten hat. Das eine steht aber von vornherein fest, daß nämlich die Regierung bei der Schadenseinstellung sehr starke Abstriche bei den Forderungen vollzogen hat, aber mit der Gesamtbehandlung der ganzen Angelegenheit, wobei nicht eine Auseinandersetzung vor Gericht, sondern ein Übereinkommen herbeigeführt wurde, sich gerade im Interesse der deutschen Finanzen einverstanden erklärte. Denn eine gerichtliche Auseinandersetzung hätte zweifellos dazu geführt, daß den Ruhrindustriellen eine volle Entschädigung zugesprochen worden wäre.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Regierungsbildung in Lippe.

Die neue Landesregierung in Lippe, die nach der Neuwahl des Landtages gewählt werden mußte, ist ein Kabinett, da es nicht möglich war, zurzeit ein lebensfähiges Kabinett nach politischen Gesichtspunkten zu bilden. Der Rücktritt des neuen Landespräsidenten soll nach Vereinbarung der Parteien spätestens am 1. Oktober erfolgen, in der Zwischenzeit sollen größere gesetzgeberische Arbeiten nicht erfolgen.

Sitters Rückkehr in die Politik.

Der Völkische Beobachter wird ab 1. April als die führende Tageszeitung der national-sozialistischen Bewegung wieder in München erscheinen. Am 25. Februar wird eine Sondernummer des Blattes mit Aufsätzen Sitters über die Richtlinien für den Kampf der national-sozialistischen Bewegung mit einem Aufruf Sitters und mit Ankündigung der ersten Massenversammlungen herausgegeben werden, in denen Adolf Hitler sprechen wird.

Vertretertag der Deutschnationalen Volkspartei.

Die Deutschnationale Volkspartei hielt in Berlin einen aus allen Teilen des Reiches stark besetzten Vertretertag im Plenarsitzungsaal des Landtages ab. In der Sitzung referierten zunächst die Vorsitzenden der Reichstags- und der Landtagsfraktion, die Abgeordneten Graf Westarp und Winkler, über die politische Lage. Anschließend an die Ausführungen der beiden Vorredner machte dann Reichsinnenminister Schiele längere Ausführungen über die Ziele der Politik, die er in Übereinstimmung mit der gesamten Partei als Innenminister verfolgt. Hierauf sprach Abgeordneter West über die Aufwertungsfrage unter Zugrundelegung des von ihm im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurfs. Zum Parteivorstand wurde einstimmig durch Jurist Abgeordneter Dr. Winkler gewählt.

Bulgarien.

× **Verhängung des Kriegszustandes.** Aus Bulgarien häufen sich die Meldungen über Aufdeckung von kommunistischen Verschwörungen. Durch Beschlagnahme kommunistischer Schriftstücke in der Stadt Stara Zagora wurde festgestellt, daß für März eine kommunistische Revolution in Thrazien geplant war. Der bulgarische Ministerpräsident wird über die vom Räuberunwesen heimgesuchten Gebiete den Kriegszustand verhängen.

Großbritannien.

× **Englische Wahlreform.** Das Unterhaus hat mit 220 gegen 153 Stimmen den Antrag der Liberalen und der Arbeiterpartei abgelehnt, der vorsah, daß sofort alle Frauen mit über 21 Jahren das Wahlrecht zum Unterhaus verliehen werden sollte. Das Wahlalter für Frauen in England ist jetzt 30 Jahre. Der Minister des Innern gab im Laufe der Debatte die Erklärung ab, daß die Regierung jetzt nicht in der Lage sei, das Wahlrecht zu erweitern, da es sofort Neuwahlen zur Folge haben würde, ein Verfahren, gegen das sich in der Öffentlichkeit, nachdem in zwei Jahren dreimal gewählt worden sei, lebhafter Unwille geltend machen würde. Die Regierung sei bereit, im Jahre 1927 eine Konferenz der Vertreter aller Parteien einzuberufen, die den Auftrag erhalten würde, eine umfassende Wahlreform auszuarbeiten, der der Grundsatz zugrunde gelegt werden würde, daß Männer und Frauen des gleichen Alters das gleiche Wahlrecht haben sollen.

Das Chaos in Preußen.

n. Berlin, 21. Februar.

Das Zustandekommen einer arbeitsfähigen Regierung in Preußen scheint vorläufig in unabsehbarer Ferne gerückt zu sein. Zu dieser wenig erfreulichen Schlussfolgerung kommt man wenigstens bei einer Durchsicht der nach dem Sturze von Marx lautwerdenden Parteistimmen. Von der Reichspresse wird entschieden das unveränderliche Verharren bei den bisherigen Richtlinien angekündigt, also kein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie, während gegen eine neue Ministerpräsidentenwahl Marx unter Einhaltung dieses Prinzips bei der Ministerauswahl kaum etwas eingewendet wird. In jedem anderen Fall ist man für Neuwahlen. Beim Zentrum herrscht jedoch zurzeit Kampfsimmung und es wird stark hervor gehoben, daß der Versuch wiederholt werden soll, Marx Anfang März wiederzuwählen, damit er mit dem gleichen Kabinett wie jetzt erneut vor den Landtag trete. Also einfach eine Neuaufgabe der letzten Ereignisse. Wie weit die Erregung bei der Zentrumspartei geht, ist aus dem Ausschluß der beiden Abgeordneten Loenarz und von Papen, von der Partei zu ersehen, der bereits vollzogen worden ist, weil sie auch diesmal der Abstimmung für die Regierung sich enthielten. Die geforderte Mandatsüberlegung hat Herr von Papen jedoch abgelehnt. Die Demokraten erlassen einen Aufruf an die Wähler, in dem die Deutsche Volkspartei beschuldigt wird, die Große Koalition in Preußen aus nichtigen Gründen zerschlagen und dadurch die Verwirrung angezettelt zu haben. Die demokratische Partei sei entschlossen, mit aller Kraft an ihrer Politik festzuhalten. Die Sozialdemokratie proklamiert ebenfalls Festhalten an dem bis jetzt verfolgten Weg. So läßt sich nicht übersehen, wo der Hebel angefaßt werden muß, um Preußen aus dem jetzigen chaotischen Zustand seiner inneren Politik herauszuheben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Deutsche Rentenbank teilt mit, daß zwecks Aufnahme einer Auslandsanleihe bisher nur informatorische Besprechungen mit namhaften ausländischen Bankiers stattgefunden hätten, die allerdings ihre Genehmigung für eine Anleihe ausgesprochen hätten. Die Vereinbarungen müßten aber auf Wunsch der Bankiers bis zur Lösung der Aufwertungsfrage verschoben werden.

Leipzig. Das sächsische Arbeitsministerium hat verfügt, daß die Beteiligung von Schülern unter 14 Jahren an Straßendemonstrationen aus erzieherischen Gründen nicht mehr zugelassen sei.

Genf. Der Völkerbundrat tritt am 9. März zu einer neuen Tagung zusammen, auf der insbesondere die Bedingungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sowie der Briefkastenstreit in Danzig zur Erörterung gelangen sollen.

Paris. Die Reparationskommission wählte den Vertreter Frankreichs Barthou wieder zu ihrem Vorsitzenden.

Budapest. Die Außenministerkonferenz der Kleinen Entente wird hier vom 15. bis 20. März tagen.

Belgrad. Wegen Ermordung des deutschen Abgeordneten Kraft sind mehrere serbische Beamte verhaftet worden.

Peking. Die Meldungen von dem Ableben des ehemaligen chinesischen Präsidenten Dr. Sunyatsen haben sich nicht bestätigt. Allerdings ist Sunyatsen schwer leidend und mußte sich einer Leberoperation unterziehen.

Wirtschaftskatastrophe im Saargebiet.

Eine Denkschrift des Saarlandes an den Völkerbund.

Die Landesratsfraktionen des Saargebietes, Zentrum und Deutsch-Saarländische Volkspartei, haben eine Denkschrift an den Völkerbund gerichtet, in der sie auf die unhaltbare wirtschaftliche Lage des Saargebietes hinweisen, die nach der Zollabschnürung des Saargebietes eingetreten ist. Seit dieser Abschnürung haben die saarländischen Fabriken bereits 30 bis 50 Prozent ihres Absatzes, einige noch mehr, verloren. Die Denkschrift wendet sich an den Rat des Völkerbundes mit der Bitte, zur Abwendung der tatsächlich vorliegenden Wirtschaftskatastrophe die Saarregierung zu veranlassen, der zollfreien Einführung deutscher Erzeugnisse zum billigen Gebrauch und Verbrauch keine Schwierigkeiten zu machen und mit Deutschland in Verhandlungen darüber einzutreten, daß Deutschland auch die Waren des Saargebietes zollfrei zuläßt. Die trüben Erfahrungen, die die deutsche Saarbevölkerung mit dem Präsidenten Raut gemacht hat, geben Veranlassung, erneut zu bitten, daß bei der bevorstehenden Neuernennung der Mitglieder der Regierungskommission dafür gesorgt wird, daß das französische Mitglied der Regierungskommission keine größeren Machtbefugnisse erhält als irgendeines der übrigen Mitglieder.

Dr. Stresemann gegen Heilmann.

Weber, Wolpe und Sitwin.

In der letzten Sitzung des Preussischen Landtages, bei dem Sturz des Kabinetts Marx brachte, erhob der in der Varmat-Affäre so viel genannte Abgeordnete Heilmann Anschuldigungen vorläufig noch dunkler Art gegen Angehörige der Reichsparteien. Deutlicher wandte er sich gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Er warf ihm Beziehungen zu dem in der Spritangelegenheit angeklagten Weber vor. Dr. Stresemann erklärte darauf gegen die Äußerungen Heilmanns eine Erklärung und sagt zu den auf ihn Bezug habenden Angriffen u. a.: Wir ist bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung ein Fabrikbesitzer Weber vorgestellt worden, der den Wunsch ausdrückte, der Deutschen Volkspartei beizutreten und Mitglied des Reichstages der Deutschen Volkspartei zu werden. Der genannte Klub hat nach seinen Sitzungen die Pflicht, jeden als Mitglied aufzunehmen, von dem bekannt ist, daß

er zur Partei gehört. Nach der Erklärung des Herrn Fabrikbesizers Webers hatte ich keine Veranlassung, mich irgendwie gegen seine Aufnahme zu wenden, zumal er mir von einem Mitglied der volksparteilichen Reichstagsfraktion vorgestellt wurde. Sobald gegen Weber Verdachtsmomente auftraten, ist er gestrichen worden. Die Beiträge und Stiftungen, die Herr Weber der Deutschen Volkspartei gemacht hat, haben insgesamt den Betrag von 1000 Goldmark nicht erreicht.

Herr Heilmann behauptete, daß der Direktor der Deposten- und Handelsbank, Wolpe, wiederholt von mir empfangen worden sei. Herr Wolpe ist in Begleitung des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Kleischer und des damaligen Reichspostministers Dr. Höfle, von diesen eingeführt, bei mir gewesen, zu jener Unterredung, in der der Reichspostminister den Anlauf hier lagernder Goldbestände gegen Papiermarkt durch die genannte Bank empfahl. Weder mir noch dem mit der Vermittlung der Besuche betrauten Beamten der Reichskasse ist erinnerlich, daß Wolpe außerdem bei mir gewesen ist.

Herr Heilmann behauptete ferner, daß der frühere russische Volkskommissar Krasin im Besitz eines Empfehlungsschreibens wäre, das ich für Herrn Kommerzienrat Litwin ausgestellt habe. Kommerzienrat Litwin hat mir auf meine an ihn gerichtete Anfrage erklärt, daß an den Behauptungen des Abgeordneten Heilmann kein wahres Wort wäre, und daß er von mir niemals ein Empfehlungsschreiben erhalten und infolgedessen auch niemals ein Empfehlungsschreiben von mir erhalten habe.

Auch Reichsfinanzminister von Schlieffen erklärt zu den Heilmannschen Behauptungen, es sei völlig unverständlich, wie Maßnahmen des Reichsfinanzministeriums, die der Beamtenschaft, besonders auch den unteren Gruppen zugute kommen sollen, als Korruption bezeichnet werden können.

Prozeß gegen die deutsche Tscheka.

(Neunter Tag.)

§ Leipzig, 21. Februar.

In großer Zerknirschung erklärt Poegel, dessen Vernehmung fortgesetzt wird, daß er zwar ein Lump sei, aber trotzdem als ehrlicher Mensch seine Strafe verbüßen wolle. Er habe in der Voruntersuchung einzelne Genossen und die Gesamtpartei belastet, müsse aber jetzt bei besserer Einsicht alles zurücknehmen. Der Untersuchungsrichter habe ihn seinerzeit mit Fragen so gequält, daß er alles, was man wollte, gesagt habe. Er habe vor allem gegen Stoblewski wissenschaftlich falsch ausgesagt. Es werden dann die verschiedenen Mordpläne — Stinnes, Vorsig, Fr. Zehnpfund, Weyel — und Poegels Beteiligung daran erörtert. Alles, was bei der Vernehmung Neumanns ausführlich dargelegt worden ist, kommt noch einmal zur Sprache, und Poegel betont, daß er an die Ernsthaftigkeit der Neumannschen Mordpläne nicht geglaubt habe. Die Fälle Schlotter und Minister Polz schildert Poegel, abgesehen von kleineren Unstimmigkeiten, gleichfalls wie Neumann. Auch in diesen beiden Fällen sei es ihm mit der Ausführung des geplanten Attentats nicht ernst gewesen. Poegel bekundet weiter, daß er bei der Geburtsstagsfeier in Stuttgart, nach der seine und seiner Genossen Verhaftung erfolgt sei, gewußt habe, daß nur eine Geldstrafe wegen Übertretung der Polizeistunde die Folge sein könne. Er habe auf dem Wege zur Wache auch Neumann dieses gesagt. Trotzdem habe Neumann einen Fluchtversuch unternommen. Er selbst habe auf der Polizei zehn Mark deponiert und sei erst am folgenden Tage auf einer Autofahrt infolge des Verrats Königs wirklich verhaftet worden. Der Reichsanwalt Dr. Neumann stellt nach einigen Fragen an Poegel fest, daß nicht alle Angaben, die er gegen die Partei gemacht habe, erlogen sein könnten. Bald darauf bringt einer der Verteidiger durch Zwischenfragen an Poegel die

falschliche Gestalt,

von der Deutschland damals bedroht gewesen sei (Hitler-Putsch) aufs Tapet, und es kommt zu erregten politischen Erörterungen. Poegel erklärt, daß es die Aufgabe der Kommunisten gewesen sei, den geplanten Marsch von München nach Berlin zu durchkreuzen und der Revolution von rechts die Revolution von links entgegenzusetzen. Sobald die Faschisten die Mene gemacht hätten, ihre Herrschaft zu befestigen, hätten die Kommunisten ihre eigene Macht zu errichten versucht. Ohne Gewalt wäre es dabei natürlich nicht gegangen, aber die Bourgeoisie hätte ja im Kampf gegen die Arbeiterklasse gleichfalls Gewaltmittel angewendet. Diese politische Debatte führt immer wieder zu Zusammenstößen zwischen dem Vorsitzenden und der Verteidigung. Auf Antrag des Reichsanwalts werden nimmere Protokolle über frühere Zeugenverhöre Poegels vorgelesen. Sie enthalten genaue Angaben über die

gesamte Organisation der K. P. D.,

vor allem über die Tscheka. Poegel erklärt da, daß er mit sechs anderen Genossen Mitglied der Reichstscheka gewesen sei, einer Art Polizei, die Parteimitglieder zu beob-

achten hatte. Auch Terrorgruppen habe es gegeben unter dieser Leute, die bei Kundgebungen als Provokateure auftraten und auf die Polizei schießen sollten, um diese zum Schießen auf die Menge zu veranlassen und so einen blutigen Aufstand herbeizuführen. Poegel behauptet jetzt, daß er einen Teil dieser Angaben frei erfunden habe.

§ Leipzig, 22. Februar.

Auf die Vernehmung Poegels folgte in den gestrigen Nachmittagsstunden die Vernehmung des Angeklagten Margies. Er bezeichnete den Platz, auf dem er hier sitze, als einen „Schandplatz“ und verweigerte jede Aussage über seine Person. Es wurde aus einem Strafregister festgestellt, daß Margies vielfach vorbestraft ist, einmal mit zehn Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte erklärte dann, daß er von der Tschekagruppe nur das wisse, was in der Verhandlung vorgebracht worden sei. Neumann, der gewissermaßen der oberste Gerichtshof über alle gewesen sei, habe seine Leute als den „Hund der roten Kasse“ bezeichnet. Beobachtungen, Erledigung von Spiegeln und Gerichten über prominente Genossen seien der Zweck des Bundes gewesen. Es kommt dann erneut zu

heftigen Zusammenstößen

zwischen dem Vorsitzenden und der Verteidigung. Die Verteidiger, darunter auch ein nichtkommunistischer, drohen damit, daß sie die Verteidigung niederlegen würden, wenn der Vorsitzende fortjähre, Neumann, der hier als zweiter Ankläger auftrat, als Kronzeugen zu behandeln. Es kam darüber zu einer erregten Auseinandersetzung, die damit endete, daß der Vorsitzende die Verhandlung schloß und die Weiterverhandlung auf den 23. Februar vertagte.

Vertagung des Barmat-Ausschusses.

Der Reichspräsident wird nicht vernommen.

Berlin, 21. Februar.

In der gestrigen Abend Sitzung des Barmat-Ausschusses des Reichstages wurde der frühere Legationsrat im Haag, Dr. Köster, vernommen, der als einzige Schwierigkeit, die ihm aus der Barmat-Affäre erwachsen sei, das Telegramm Heilmanns mit der Beschwerde über Grenzschwierigkeiten angibt. Der Zeuge schilderte weiter, wie holländische Kreise ihm Barmat als Schlichter und rücksichtslosen Konjunkturkaufmann bezeichneten. Im Ausschuss entspinnt sich dann eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob Reichspräsident Ebert als Zeuge vor dem Ausschuss vernommen werden soll. Dafür sprechen sich die Deutschnationalen und die Kommunisten aus. Nach längerer Erörterung beschloß man auf Antrag des Vorsitzenden des Ausschusses, den Fragenkomplex Reichspräsident-Barmat zu verlassen und sich in der nächsten Sitzung, die erst am 2. März stattfinden soll, anderen Dingen zuzuwenden.

Der preussische Barmat-Ausschuss.

Berlin, 22. Februar.

Nach mehrtägiger Pause ist gestern Abend auch der preussische Barmat-Ausschuss wieder zusammengetreten. Nach der Verlesung einiger amtlicher Schreiben, in denen Reichsministeren gegen die gewünschte Vorlegung gewisser Akten Bedenken geltend machen, wurde Baurat Saß als Zeuge vernommen. Er soll seinerzeit den Wert mehrerer Werte, die zum Barmat-Konzern gehörten, auf 95 Millionen Mark geschätzt und Barmat für einen reichen Mann erklärt haben. Vor dem Untersuchungsausschuss jagte er jedoch aus, daß er den Wert jener Werte mit nur 22,2 Millionen angegeben habe; allerdings dürfte der innere Wert verschiedener Betriebe seine Schätzung wesentlich übersteigen. Es wurde dann die Frage erörtert, ob sich der preussische Innenminister Severing dafür eingelassen hat, daß die Partieräume des Innenministeriums ohne vorherige öffentliche Ausschreibung an ein Barmat-Wert vermietet würden. Oberregierungsrat Wandmann beendete, daß der Innenminister sich gegen jene Vermietung ausgesprochen habe. Bei der Feststellung der Tagesordnung der nächsten Sitzung kam es über die Frage, ob Frau Vitz, die frühere Sekretärin im Bureau des Reichspräsidenten, vernommen werden soll, zu heftigen Zusammenstößen zwischen einzelnen Abgeordneten. Abg. Pinner (D. Sp.) wurde hierbei zur Ordnung gerufen. Die Vernehmung der Frau Vitz wurde beschlossen, und der Ausschuss vertagte sich.

Ausschreitungen gegen deutsche Arbeiter.

Terrorpolnischer Elemente.

In Chorzow kam es zu Ausschreitungen gegen in dem Stahlfabrikwerk beschäftigte Arbeiter deutscher Nationalität. Eine Bande von 40 bis 50 Mann kontrollierte beim Schichtwechsel die herauskommenden Arbeiter auf ihre Legitimationspapiere. Soweit sie feststellten, daß es sich um Inhaber grüner Verlehrscheine handelte, d. h., daß die Leute in deutschem Gebiet wohnen oder in Polen wohnende deutsche Staatsangehörige sind, wurden sie mißhandelt.

rigen Veranstaltungen ausschließen. Nur Annelies hatte zu nichts Lust. „Ach, laßt mich! Was soll diese Herumspringerei? Ich möchte nach Bernhausen, möchte arbeiten, herumwirtschaften — der Zauber hier imponiert mir gar nicht!“

Man wunderte sich, daß die Ahtzahnjährige so melancholische Anwandlungen hatte, wie der Graf bemerkte.

Ach, wenn er eine Ahnung von dem Grunde, wenn er eine Ahnung von ihrer heimlichen Korrespondenz mit Fritz Stilling gehabt hätte — er wäre sicherlich außer sich gewesen! Aber Annelies war schlau und hütete ihr Geheimnis, so daß selbst Mutter und Schwester nichts merkten.

Bibiane Stork kam sehr oft, um nach Gisela und Annelies zu sehen und sie immer wieder einzuladen. Storks führten ein gastfreies Haus. Ihrem Reichtum, ihrer zähen Beharrlichkeit und nicht zum wenigsten ihrer Bekanntheit mit Graf Bernhausen war es gelungen, daß sie festen Fuß in der Gesellschaft gefaßt hatten. Keine Woche verging, ohne daß die reizende Villa Gäste gesehen hätte. In auffallender Weise bevorzugte die junge Amerikanerin den Oberleutnant v. Vibra, so daß darüber schon gesprochen wurde.

Reinhold empfand das Gisela, obgleich Karlernst nicht das geringste getan hatte, dem Gerde Nahrung zu geben; im Gegenteil, er war so zurückhaltend gegen Bibiane, so förmlich und steif wie gegen keine andere Dame.

Dennoch hatten sie ihn zu ihrem Tischherrschaft bestimmt an dem Abendessen, das zur Feier von Mr. Storks Geburtstag stattfand. Thieren führte Gisela. Die beiden Paare waren so gesetzt, daß sie sich kaum sehen konnten. War das nun Absicht oder Zufall? Gisela nahm das erstere an.

Bibiane war sehr schlau. Zu ihrer Rechten saß Harald Florstedt, den Storks immer mit einluden. Man fragte ihn um Rat bei der Tafeldekoration, da man immer etwas Besonderes und doch Geschmackvolles haben wollte.

Der Künstler war jetzt im Aufstieg seines jungen Ruhmes. Die Kritik nannte ihn eine „starke Hoffnung“, von der noch außerordentliches zu erwarten sei. Sorgen und Schatten wichen jetzt von seinem Lebenspfad.

Zwei Werkmeister aus Königschütte erlitten dabei schwere Verletzungen, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Auch ein Neuhener Bürger, der Oberfeuerwehrmann Gallus, befindet sich unter den tödlich Angegriffenen.

Tagung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft.

Vorträge über Landwirtschaftsfragen.

Die Kolonialabteilung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft hielt unter dem Vorsitz von Geheimrat Dr. Basse eine fast besuchte Versammlung ab, der auch der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft Gouverneur Seitz beizuhobte. In der Ackerbauteilung sprach Oberregierungsrat Dr. Schwarz-Berlin über das Auftreten des Kartoffelkäfers und seine Bekämpfung. Es sei alle Ursache in Deutschland vorhanden, wachsam zu sein und alles für den Empfang des Schädlings vorzubereiten, mit dessen Auftreten auf deutschem Gebiet jetzt mehr als je zu rechnen sei.

Dr. Baur-St. Wassen behandelte die Vorherfrage des Witterungscharakters der Jahreszeiten. Der Vortragende hat durch systematische Untersuchung seines 50jährigen Beobachtungsmaterials zahlenmäßige Beziehungen zwischen der Temperatur der Jahreszeiten in Deutschland und dem Luftdruckgefälle über dem nördlichen Atlantischen Ozean, dem Luftdruck über Südamerika und der Temperatur der vorangegangenen Jahreszeiten in Grönland, Nordamerika und Deutschland festgestellt. Er hat Gleichungen aufgestellt, die es bei rechtzeitiger Übermittlung der erforderlichen Witterungsrichtigen heute schon ermöglichen, den Temperaturcharakter der Jahreszeiten in Deutschland ein bis zwei Monate vorher mit ausreichender Wahrscheinlichkeit voraussagen zu lassen.

Prof. Dr. Naum-Weihenstephan sprach über die Bekämpfung des Unkrauts auf Wiesen.

In der Sitzung der Geräteabteilung wurde zunächst mitgeteilt, daß im kommenden Jahr eine weit höhere Zahl von Hauptprüfungen stattfinden werde. Prof. Weber-Hohenheim berichtete über die Hauptprüfungen von Saatgutreinigungsanlagen, Rittersgutbestäuber Goldmann-Rindberg über die Ergebnisse der Hauptprüfung von Untergrundbioderern. Zum Schluß sprachen Rittersgutbestäuber Obendorfer-Rimbach und Regierungsbaumeister Beder-Düsseldorf über landwirtschaftliche Maschinen. Viele Klagen der Landwirtschaft über schlechtes Arbeiten oder über Unbrauchbarkeit ihrer Maschinen würden verschwinden, wenn durch technische Aufklärung, insbesondere durch technischen Unterricht in den Schulen mehr Verständnis für Behandlung und Pflege der Maschinen gewendet würde.

In der Schweinezuchtteilung berichtete Stannomierat Brünning-Subhoff über die Frage: Können Leistungsprüfungen der Zuchtschweine für das Mischen der Schweine auf den Ausstellungen Berücksichtigung finden? Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die Frage der Einführung der Schweineleistungsprüfungen in den Schweinezüchtervereinigungen zum Zwecke ihrer Verwertung auf den Schauen der D. L. S. heute nicht spruchreif erscheine. Die D. L. S. werde die an sich bedeutende Angelegenheit weiter verfolgen und sie zum Zwecke eingehender Behandlung einem dreiföpfigen Ausschuss übergeben.

In der Versammlung zur Hebung des Lupinenbaus sprach Dr. Störmer-Stettin über Saatgutfragen im Hülsenfruchtbau unter besonderer Berücksichtigung der Lupine.

Rittersgutbestäuber Brede-Mosow berichtete über Erfahrungen aus der Praxis des Lupinenbaues. Da die Lupine etwa 42 % Eiweiß enthalte, sei sie nach ihrer Entblätterung ein wertvolles Futtermittel, das von Schafen, Rindvieh, Pferden und Schweinen gut vertragen werde.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 24. Februar 1925.

Die Hutmode des kommenden Frühling. Der Frühling wird auch auf den Köpfen unserer Damen eine neue Schönheit erblühen lassen: der große Hut kehrt wieder mit aller Pracht der Garnierung, die auf ihm Platz finden kann. Die neuen Modelle haben breite, schöngeschwungene Krempen, die uns um so riesiger erscheinen, als wir an den fremdenlosen Hut gewöhnt sind. Nicht, daß der kleine Hut sofort verschwände! Er wird sich auch weiter noch in seiner Beliebtheit erhalten, zumal er doch zum Hutentopf gehört. Aber diese luftigen Glodenformen, diese knappen Toques und Mägen werden hauptsächlich auf den Alltag und die Promenade beschränkt bleiben, während der große Hut bei festlichen Gelegenheiten wieder sein Recht fordert. Der Hut mit dem vorn leicht aufgeschlagenen Rande, der sich zu beiden Seiten immer mehr verbreitert, wird zum Kunstwerk durch einen großen Blumenstrauß, der auf dem Kopf prangt und über den sich noch eine Kolarde ans Seidenband erhebt. Die Garnierungen des neuen Frühlingshutes bestehen in entzückenden Blütenzweigen und

ver zur Brandenstein war entzückt gewesen über die Art, wie Florstedt die Materie in seinem Schloß ausgeführt hatte; er hatte ihn weiterempfohlen, nachdem der Künstler noch die Fürstin gemalt hatte, und so lachte diesem nach Jahren schweren Ringens und Entbehrens die Sonne des Erfolges. Manche Aufträge waren ihm zuteil geworden, die ihm außer dem künstlerischen Erfolg auch schöne Summen brachten. Dazu kam noch seine elegante, anziehende Erscheinung, seine gesellschaftliche Gewandtheit, die von großem Einfluß auf die Damenvelt war — kurz, überall war er ein willkommenes und gern gesehener Gast, und man betrachtete jetzt seine Anwesenheit auf dem Guttenbergischen Maskenball als einen „originellen Künstlerfreud“.

Gisela Bernhausen war sehr liebenswürdig gegen ihn. Ihr war, als müsse sie an ihm etwas gutmachen. Er war ihr sehr sympathisch, und als er heute eingehend und durchdringend musterte, war ihr das nicht unangenehm. Er sah ja mit anderen Augen als die Mehrzahl der Männer. Sie wußte, daß sie schön war und daß ihre Schönheit ihr freute. Ober hatte er jetzt nach einer Neulichkeit geforcht? Sie bemerkte, wie er den Kopf schüttelte und leise „Nein“ vor sich hin sagte.

Da fragte sie ihn lächelnd: „Nicht wahr, Sie finden keine Ähnlichkeit zwischen meiner Schwester und mir?“

Im Gesichtsschnitt wohl, im Mund und Kinn auch, aber nicht im Gemüt,“ entgegnete er ruhig. „Das letztere soll ein Kompliment für Sie sein, Komtesse.“

Sie schlug die schönen, goldbraunen Augen voll zu ihm auf. „Herr Florstedt, wollen Sie mir eine Frage beantworten. Sie kennen meine Schwester Thora — und Sie haben etwas gegen sie?“

Offen erwiderte er ihren Blick. „Ja, Komtesse, Sie haben ganz richtig vermutet.“

Sie sind Zeuge der ungerechten Kritik meiner Schwester gewesen, die sie damals über Ihre Entwürfe für die Villa des Kommerzienrats Hofmann geschäme hatte. Ich will nicht darüber sprechen.“

Bald wurde die Tafel aufgehoben.

Fortsetzung folgt

Die drei schönen Bernhausens.

Roman von Fr. Lehne.

29)

(Nachdruck verboten.)

Er brach kurz ab und preßte die Lippen fest aufeinander.

In ihren Augen glänzten Tränen. Sie hatte Mühe, sich zu beherrschen. Seine Enttäuschung war ja auch die ihre, denn er war ihr ganzes Glück, ihre Hoffnung. Trübe wie der graue Novembertag lag ihr Leben vor ihr — ohne Sommer, ein öder, langer Schattentag.

Er hatte die Hände in den Taschen seines grauen Paletots vergraben und ging jetzt schweigend neben ihr her. Zwischen seinen Augenbrauen stand eine scharfe Falte, die den ganzen Frohmut aus seinem Gesicht nahm und ihn um vieles älter erscheinen ließ.

„Karlernst — und wenn — wenn ich nun —“ Ihre Stimme schwankte bedenklich; doch sie zwang sie zur Festigkeit: „Ist es unter diesen trostlosen Verhältnissen nicht das Beste, du nimmst dir deine — Freiheit wieder —“

Beinahe wild blickte er sie da an. „Hast du oder dein Vater schon einen reichen Bewerber für dich in Aussicht, da du mir den Laufpaß geben willst?“

Ohne ihm zu antworten, sah sie ihn an, und vor ihrem schmerzvollen, traurigen Blick senkte er beschämt den seinen.

Er drückte seine Lippen auf ihre Hand. „Verzeihe mir, du Liebe, Einzige! — Doch das, was du da andeutest —“

„Ist aus Tränen und Schmerzen und aus innigster Liebe zu dir geboren, Karlernst — aus keinem anderen Beweggrund!“

„Wir sind beide erregt, Gise. Wir wollen heute nicht mehr darüber sprechen — laß uns erst ruhiger werden!“

Sie gingen immer weiter hinaus, dem Wind entgegen. Sie sprachen nicht mehr viel. Doch war des einen Gegenwart dem anderen ein süßes Bewußtsein.

So sehr sich auch Bernhausens in diesem Jahre zurückzogen, ganz konnten sie sich nicht von den gesell-

und 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Vier andere Angeklagte wurden zu Festungshaft von 9 Monaten bis 15 Monaten verurteilt, während ein Angeklagter freigesprochen wurde.

Dank des Reichskanzlers an Bayern.

München, 20. Februar. Reichskanzler Dr. Luthar hat an den bayerischen Ministerpräsidenten ein Dankschreiben für die freundliche Aufnahme in München gerichtet. Er habe darin einen Beweis des Vertrauens gesehen, das Bayern der schweren Arbeit der Reichsregierung entgegenbringe. Auch den Vertretern des Landtages und Stadtrates, sowie der Presse spendete der Reichskanzler seinen Dank.

Doppelmord aus Eifersucht.

Hindenburg (D.-S.), 20. Februar. Der in Hindenburg wohnende Grubenarbeiter Bernhard ermordete in der letzten Nacht seine Frau und den bei ihm wohnenden Arbeiter Jarosch, da beide ein Liebesverhältnis unterhielten. Nach der Tat stellte sich der Doppelmörder selbst der Polizei.

Todesurteil gegen einen Brudermörder.

Katibor, 20. Februar. Das Schwurgericht verurteilte heute den 33jährigen Landwirt Richard Starvas aus Kaldauen wegen Brudermordes zum Tode. Am frühen Morgen des 16. Januar schlug der Angeklagte seinen Bruder, als dieser in den Stall kam, mit einer Art nieder und spaltete ihm den Schädel.

Ratifizierung des deutsch-litauischen Optionsvertrages.

Kowno, 20. Februar. Der zwischen Deutschland und Litauen abgeschlossene Optionsvertrag ist heute vom litauischen Sejm ratifiziert worden.

Der Volkstrauertag für die Kriegsoffer.

Berlin, 22. Februar. Der 1. März gilt bekanntlich auf Grund allgemeiner Vereinbarung, unabhängig von einer bevorstehenden geschlichen Regelung, als Volkstrauertag für die Opfer des Krieges. Die preussische Regierung hat angeordnet, daß an diesem Tage sämtliche staatlichen und kommunalen Gebäude halbmäßig flagen.

Schluß der Landwirtschaftlichen Woche.

Berlin, 22. Februar. Mit der Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft fand die Landwirtschaftliche Woche ihren Abschluß. Reichsernährungsminister Graf Lanitz hatte vorher die Grüße der Reichsregierung überbracht. Der Minister wies auf die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft hin. Es sei Zeit, daß die Parlamen- talen endlich an die Erledigung der Gesetze herantreten, die der Landwirtschaft den nötigen Spielraum geben sollen.

Spaltung der Wirtschaftspartei.

Berlin, 22. Februar. Zahlreiche Anhänger der Wirtschaftspartei haben die Gründung einer eigenen „Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe“ beschlossen. Vertreter aller Mittelstandsschichten haben an den Vorbesprechungen teilgenommen.

Abschied des amerikanischen Botschafters von Berlin.

Berlin, 22. Februar. Der bisherige amerikanische Botschafter in Berlin, Houghton, hat gestern Abend mit seiner Familie Berlin verlassen, um sich auf seinen neuen Posten nach London zu begeben. Zum Abschied auf dem Bahnhof hatten sich Außenminister Dr. Stresemann, der neue deutsche Botschafter für Washington, v. Makhan, und zahlreiche Mitglieder des auswärtigen Amtes eingefunden.

Epilog zum Haarmann-Prozess.

Hannover, 22. Februar. Der während des Haarmann-Prozesses wegen Mordverdachts verhaftete Witkowski ist außer Verfolgung gesetzt und aus der Haft entlassen worden.

Schwere Zünderexplosion.

Dresden, 22. Februar. Bei einem Transport von Zündern für Minenversmünition explodierte aus noch ungeklärter Ursache bei Großenhain eine Anzahl Zündern. Zwei Mann des Artillerieregiments 4 wurden schwer verletzt. Die Untersuchung ist im Gange.

Branting im Sterben.

Stockholm, 22. Februar. Im Befinden Brantings ist eine solche Verschlimmerung eingetreten, daß mit dem baldigen Ableben des Staatsmannes gerechnet werden muß.

Deutsche Kompipter beim Papst.

Rom, 22. Februar. Der Papst empfing gestern im Saale des Konfistoriums den ersten deutschen Pilgerzug. Er richtete herzliche Worte an die 200 Anwesenden; er preise sich glücklich, zahlreiche deutsche Katholiken zu sehen, deren Anhänglichkeit an die Kirche er wohl kenne. Der Papst erteilte dann den Pilgern den Segen.

Rückfahrt des „J. R. 3“.

Washington, 22. Februar. Nach einer Meldung des Marineamts hat die „Los Angeles“ (J. R. 3) gestern Morgen kurz nach 10 Uhr die Insel Bermuda zur Rückfahrt nach Lakehurst verlassen. Infolge der Wetterlage blieb das Schiff nicht dauernd an dem beweglichen Ankerplatz.

Das Grubenunglück in Amerika.

London, 22. Februar. Weitere Meldungen über das Grubenunglück in den Vereinigten Staaten besagen, daß die Rettungsarbeiten für die verunglückten Bergleute durch Gase fast behindert werden. Zehn Leichen konnten bisher geborgen werden. Die Hoffnung auf Rettung der noch verschütteten 40 Bergleute ist sehr gering. Tausende von Menschen sind nach der Unglücksstelle geeilt.

Schweres Grubenunglück in Amerika.

35 Bergleute verschüttet.

Durch eine Explosion in einem Bergwerk in Sullivan (Indiana) wurden 35 Bergleute verschüttet. Zwei der Verunglückten sind bereits als Leichen und drei weitere schwer verletzt geborgen worden. Es besteht wenig Hoffnung auf Rettung der übrigen. Die Explosion wird auf Kohlendioxid zurückgeführt. In der Zeche ist auch beträchtlicher Schaden durch die Explosion angerichtet worden.

Eine weitere Meldung besagt: Von 140 Bergleuten, die sich zur Zeit der Explosion in dem Bergwerk befanden, gelang es 100 Mann sich zu retten. Das Bergwerk ist 380 Fuß tief. Die Rettungsarbeiten werden durch die Kohlendioxid erschwert.

Arbeiter und Angestellte.

München. (Gegen den schematischen Achtstundentag und die Schiedsgerichte.) In der letzten Mitgliederversammlung der Vereinigung bayerischer Arbeitgeberverbände erklärte der Vorsitzende Geheimrat Prof. Dr. Zidemann (München), daß die Arbeit in der Industrie auf absehbare Zeit nicht mehr in den schematischen Achtstundentag eingewängt werden dürfe, und daß Deutschland das Washingtoner Abkommen jetzt nicht unterzeichnen könne. Der Redner nahm auch gegen das Weiterbestehen der schiedsgerichtlichen Instanzen mit der Begründung Stellung, daß die Schiedsgerichtsmittel vielfach mit den Verhältnissen nicht eingehend vertraut seien. Man müsse so bald wie möglich zum direkten Verkehr zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kommen.

Spiel und Sport.

Sp. Starke internationale Beteiligung an der Deutschlandsfahrt. Wie vorauszusehen war, hat die am 1. März in Köln beginnende Deutschlandsfahrt des Allgemeinen Deutschen Automobilklubs für Motorradfahrer weit über die Grenzen des Reiches hinaus großen Anklang gefunden. Nicht nur aus allen Teilen Deutschlands, sondern auch aus Österreich, Italien, Schweden, England, Belgien und der Schweiz gingen Meldungen in so großer Zahl ein, daß sich der Veranstalter gezwungen sehen dürfte, eine Auswahl

unter den gemeldeten Fahrern zu treffen. Bis jetzt umfaßt die Nennungsliste rund 350 Nennungen. Wenn alle Fahrer zugelassen werden, könnten hinsichtlich der Unterbringung der Fahrer und Maschinen die größten Schwierigkeiten entstehen.

Sp. Erstes Gauturnfest des Sachseinganges des Turnerverbandes. Der Sachseingang des Turnerverbandes hält in diesem Jahre am 11. und 12. Juli sein erstes Gauturnfest ab. Es werden hierzu mehrere tausend Teilnehmer aus Deutsch-Österreich, Deutsch-Böhmen und dem Reich erwartet. Außer den turnerischen Vorführungen an den genannten beiden Tagen soll auch in der Elbe ein Wettschwimmen veranstaltet werden.

Börse und Handel.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 21. Februar.

* Börsenbericht. Die Börsenwoche schloß völlig lustlos. Spekulation und Publikum schienen in bezug auf Zurückhaltung geradezu zu wetteifern. Es fehlte der Börse absolut jede Anregung. Am Markt der inländischen Anleihen machte sich die lähmende Geschäftslage verhältnismäßig am wenigsten breit. Kreditsanleihe konnte sogar von 0,67 auf 0,69 anziehen. Im übrigen ergaben sich im allgemeinen gegen die Kurse des Vortages nur geringfügige Differenzen. Tägliches Geld stellte sich auf 9 bis 12 %, Monatsgeld auf 11 bis 14 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 19,95 bis 20,04; holl. Gulden 168,29—168,71; Danz. 79,16 bis 79,36; franz. 22,04—22,10; belg. 21,22—21,28; Schweiz. 80,68—80,88; Italien 17,21—17,25; schwed. Krone 113,02—113,30; dän. 74,73—74,91; norweg. 63,87 bis 64,03; tschech. 12,42—12,46.

* Butternotierung. Die Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel (Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten) war: für 1. Qualität 2,04 M., für 2. Qualität 1,90 M., für abfallende Qualität 1,55 M. für 1 Pfund.

* Der Großhandelspreis für Tafelmargarine (Zürgers-Konzern) stellt sich auf 0,54—0,81 M. je Pfund.

* Preiserhöhung für Druckpapier. Der Verband Deutscher Druckpapierfabriken G. m. b. H., Berlin, teilt mit, daß der Verkaufspreis für Druckpapier sich ab 1. März d. J. um 1 Mark für 100 Kilogramm erhöht. Die neue Preiserhöhung findet auf alle Lieferungen Anwendung, die vom 1. März ab zur Verrechnung gelangen.

* Unveränderter Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 18. Februar 1925 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist mit 136,1 (Vorwoche 136,0) unverändert. Höher lagen die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Butter, Zucker, Milch, Baumwolle, Baumwollgarn, Jute, Gasöl und Maschinöl. Gesunken sind die Preise für Kartoffeln, Schmalz, Rind- und Schweinefleisch, Kalbfelle, Wolle, Schwingflachs und einige Nichteisenmetalle. Die Indexziffer der Lebensmittel lautet 134,5 (gegen 134,3) und diejenige der Industriestoffe 139,1 (gegen 139,2).

* Unveränderter Lebenshaltungsindex. Auch die Lebenshaltungsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Mittwoch, den 18. Februar, ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts mit 125,2 gegenüber der Vorwoche (125,1) unverändert geblieben.

* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 2334, darunter Bullen 578, Ochsen 704, Kühe und Färsen 1052, Kälber 1700, Schafe 6985, Schweine 6247, Ziegen 13. Schweine aus dem Ausland 461. Preise: Schafe a) 48—53, b) 42—46, c) 36 bis 40, d) 30—33; Bullen a) 45—47, b) 41—43, c) 37—40; Kühe und Färsen a) 46—50, b) 40—44, c) 32—36, d) 25—29, e) 20 bis 23; Ziegen 33—38; Kälber a) —, b) 80—90, c) 65—75, d) 48—60, e) 40—45; Stallmaischafe a) 44—50, b) 35—42, c) 21 bis 30; Schweine a) —, b) 67, c) 65—66, d) 62—64, e) 59 bis 61, f) bis 58; Säue 59—63; Ziegen 20—25. Markterfolg: In allen Gattungen allat.

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halver i. Westf.

Sofort für leichte Arbeit einige Maschinen-Arbeiterinnen gesucht.
Metallwarenfabrik P. W. Saurand, Halver.

Gebrauche Ata



und im Haus sieht'stets bei dir wie Sonntag aus!
(ATA HENKEL'S PUTZ-UND SCHEUERMittel)

Zuverlässige u. propere

Haushälterin

für kleinen Haushalt von 2 Personen nach Lüdenscheid gesucht. Vom Lande bevorzugt.

Angebote unter R. 278 an die Geschäfts des Allg. Anz. Halver erb.

Thomasmehl Raint 42% hat abzugeben
Otto Ohler, Dhl.-Rdnfahl.

la. Zigarren Zigaretten Rauch- u. Rauf Tabak

Wiedervert & Fabrikpreise
Fr. Herm. Bohmer, Schalksmühle.

Vorrätig auf Lager und empfehlen

hochproz. Thomasmehl Raint, Kalifalz u. schwefels. Ammoniak

Ferner an Futterartikeln: prima Weizenkleie, Futterhafer und Pferde-Häcksel

Bürger & Lausberg Halver, Telefon 326.

Gesangbücher

in hübschen Einbänden empfiehlt

Wilt. Bell jr., Halver.

(Namenaufruf gratis.)

Karl Vormann Milly Vormann

geb. Fingerhut

Vermählte.

Halver, den 24. Febr. 1925.



Heute morgen entschlief nach langem geduldig ertragenen Leiden meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

Ehefrau Fritz Sondermann

Anna geb. Krugmann

im Alter von 73 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen: Fritz Sondermann.

Hölterhaus bei Kierspe, Brenscheid bei Lüdenscheid, Düsseldorf und Beckinghausen, 22. Febr. 25.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 25. Febr. nachm. 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der § 2 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 365) sowie des § 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) wird nach Beratung mit dem Gemeindevorstand für den Bezirk der Gemeinde Kierspe folgendes verordnet:

§ 1. Das Fahren mit Handschlitten und das sogenannte Rodeln auf der Provinzialstraße von dem Postgebäude in Kierspe bis zur Bahnhofstraße in Kierspe-Bhf. ist verboten.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen das Verbot im § 1 werden mit Geldstrafen von 1 — 1,50 Mk. oder entsprechender Haft bestraft.

§ 3. Diese Polizeiverordnung tritt mit der Veröffentlichung in Kraft.

Kierspe, den 19. Januar 1925.

Die Polizeiverwaltung.

Hiltebrandt.

Unter dem Rindvieh-Bestande des Landwirts Fritz Born in Kollenberg ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Ueber die Driftschaf Kollenberg ist die Sperre verhängt worden

Halver, den 20. Februar 1925.

Die Polizeiverwaltung.

Empfehle: Obstbäume

in allen Formen und bester Qualität, garantiert sortenecht zu mäßigen Preisen. Bei Freud u. Leid Innendekoration sowie Anfertigung von Bindereien — in geschmackvoller Ausführung. —

Als schöne Geschenke große Auswahl in Blumenkörbchen. Topfblumen von 1 Mk. an.

Fritz Vormann,

Gärtnerei, Schalksmühle, Telefon 168.

Landwehr-Verein Schalksmühle.

Aufführung des vaterländisch-historischen Schauspiels

„Tauroggen“

(von M. Böttcher)

unter Mitwirkung des städtischen Orchesters Lüdenscheid in der Turnhalle in Schalksmühle.

Aufführung für Schüler: Freitag, den 27. Febr. nachmittags 5 Uhr.

Hauptaufführungen: Samstag, den 28. Febr. abends 7 1/2 Uhr.

Sonntag, den 1. März abends 7 1/2 Uhr.

Weitere Aufführungen: in Brügge:

Hotel Niggeloh Dienstag, den 3. März abends 7 1/2 Uhr.

in Rummenohl: Hotel Dresel

Donnerstag, den 5. März abends 7 1/2 Uhr.

Eintrittspreise: nummerierte Plätze Gmk. 1.50 unnummerierte Plätze Gmk. 1.—

Kassenöffnung 1/2 Stunde vor jeder Aufführung.

Waldbauverein Halver e. V.

Mittwoch, 25. d. M. nachm. 4.30 Uhr

im Gasthof zur Post

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht und Rechnungsablage
2. Bericht des Herrn Obersförsters Mehrtens über die forstliche Gesehgebung.
3. Forstplänenbestellg.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Wir stellen für leichte Arbeit noch einige

jugbl. Arbeiter

ein

Metallwarenfabrik P. W. Saurand Halver.

Suche zum sofortigen Eintritt einen kräftigen

Plazarbeiter.

Ludwig Schröder, Schalksmühle i. W.